

Ungarn

Heiko Fürst

Im Dezember 2006 hatte die ungarische Regierung ihr europapolitisches Grundsatzdokument veröffentlicht.¹ Darin wurden weitere Liberalisierungsschritte sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als Zielvorgabe definiert. Mit einem Bündel an Reformvorhaben sollten das ausufernde Budgetdefizit eingedämmt und die Ziele des Grundsatzdokuments anvisiert werden. Ein lange debattiertes Kernstück der Reformen bildete die im Dezember 2007 verabschiedete Umstrukturierung des Gesundheitswesens. Mit deren Inkrafttreten war die Erhebung einer Praxisgebühr bei Arztbesuchen sowie eines Krankenhaustagegelds bei stationären Behandlungen verbunden. Die defizitäre Staatskasse sollte zudem durch die Einführung von Studiengebühren und einer LKW-Maut auf Fernstraßen aufgebessert werden. Obwohl die Europäische Kommission die Reformvorhaben lobte und erste, daraus entspringende Früchte identifizierte, sank das Wirtschaftswachstum 2007 auf 1 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit der politischen Wende 1989. Im Ranking des britischen think tanks Centre for European Reform fiel Ungarn im europäischen Vergleich um drei Plätze zurück. In der auf die Wachstums- und Beschäftigungspolitik ausgerichteten Evaluierung erreichte das Land den 22. der insgesamt 27 Plätze. Auch die Europäische Kommission schrieb die Arbeitsmarktpolitik als defizitär ins Notizbuch der Regierung. Insbesondere monierte sie die Integration von Menschen mit geringem Bildungsgrad, die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie für Frauen sowie eine fehlende Orientierung auf lebenslanges Lernen.²

Innenpolitische Krise

Trotz erster Erfolge und der grundsätzlichen Unterstützung des Reformprogramms durch die Kommission stießen weitere Reformschritte auf innenpolitischen Widerstand. Medienwirksame Abgaben wie Praxis- und Studiengebühren waren in der Bevölkerung unpopulär. Zudem kämpfte die regierende sozialistische MSZP mit einer Korruptionsaffäre, und in einem Bericht der EU-Kommission wurde Ungarn neben Polen als das Land gebrandmarkt, das bei der Umsetzung der EU-Standards die größten Defizite aufwies.³ Der oppositionelle bürgerliche Fidesz nutzte diese Stimmung. Ende 2007 wurde ihm in Umfragen eine absolute Mehrheit prognostiziert.⁴ Ihm gelang es schließlich, eine Volksabstimmung über die von der Regierung begonnenen Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen durchzusetzen. Bei einer Wahlbeteiligung von über 50 Prozent stimmten am 9. März 96 Prozent für die Initiative der Opposition zur Abschaffung der 2007 eingeführten Praxis- und Krankenhaustagegelder und gegen die Erhebung von Studiengebühren. Angesichts

1 Vgl. Fürst, Heiko: Ungarn, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2007, Baden-Baden 2008, S. 407-410, hier: S. 408.

2 Szócs, László: Brüsszel további reformokat sürget, in: Népszabadság, 11.12.2007; Szócs, László: Hazánk az EU versenyképességi alsóházában, in: Népszabadság, 04.03.2008.

3 Elmarasztalták Brüsszelben Magyarországot, in: Magyar Hírlap, 14.12.2007.

4 Olt, Reinhard: „Starkes Ungarn“ gegen „Neues Ungarn“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2007.

dieses Ergebnisses und eines weiteren Referendums im Herbst 2008, bei dem die im Februar 2008 beschlossene Reform der Krankenkassen zur Disposition steht, berief Premierminister Gyurcsány die erst seit 2007 amtierende Gesundheitsministerin des liberalen Koalitionspartners aus dem Amt. Seine Absicht, das Reformtempo zurückzufahren,⁵ teilte der Regierungspartner SZDSZ indessen nicht und kündigte zum 30. April seinen Austritt aus der Regierung an. Die drei von ihm geführten Ministerien Wirtschaft, Gesundheit sowie Umwelt und Wasserwesen wurden fortan in einer Minderheitsregierung durch die MSZP besetzt. Gyurcsánys Intimus und bisheriger Minister für Regionalentwicklung, Gordon Bajnai, erhielt hierbei das Ministerium für nationale Entwicklung und Wirtschaft.

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut

Positive Impulse erhielt die Minderheitsregierung, als die Forschungsminister der EU am 18. Juni 2008 entschieden, das nach dem amerikanischen MIT modellierte Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) in Budapest anzusiedeln. Für die im Vorfeld geleistete Überzeugungsarbeit dankte Ministerpräsident Gyurcsány Gordon Bajnai ebenso wie dessen Vorgänger Csaba Kákósy und Außenministerin Kinga Göncz.⁶ Ungarn hatte sich 2005 um den Sitz beworben und konkurrierte mit dem deutschen Jena, dem polnischen Wrocław, dem spanischen Sant Cugat del Vallès sowie einer gemeinsamen Bewerbung Bratislavas und Wiens. Nachdem Polen eine Entscheidung zugunsten Budapests zunächst mit einem Veto blockiert hatte, setzte sich Ungarn als der einzige Bewerber, der bislang keine EU-Institution beherbergte, schließlich durch.

Ziel des EIT ist, ein Netzwerk von Kompetenzzentren aus Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu errichten und in „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ zu bündeln. EU-Bildungskommissar Jan Figel erläuterte, die thematischen Schwerpunkte des EIT bildeten Felder, die zu komplex seien, als dass einzelne Mitgliedsstaaten sie selbstständig lösen könnten.⁷ Im Fokus des ersten Arbeitsprogramms stehen erneuerbare Energien und der Klimawandel. Bis 2013 wurde hierfür ein finanzieller Bedarf in Höhe von 2,4 Mrd. Euro veranschlagt, wovon 308,7 Mio. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt entstammen. Die Gebäudemiete für das 50 bis 60 Personen beschäftigende EIT trägt in den ersten 20 Jahren die ungarische Regierung. Das Land erhofft sich insbesondere eine bessere Einbindung der nationalen Forschungs-, Wissenschafts- und Unternehmensgemeinschaft in die unionalen Netzwerke; Budapests Oberbürgermeister Demszky außerdem eine Katalysatorwirkung für die nationalen Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie die privatwirtschaftlichen Partner.⁸

Der sich in Ungarn seit Jahren verschärfende parteipolitische Zwist brach indessen bei der Besetzung des Verwaltungsrats wieder auf. Der 18-köpfige Rat, der sich aus hochrangigen Personen aus Bildung, Forschung und Wirtschaft zusammensetzt, steuert die Aufgaben des EIT. Hierfür hatten die EU-Mitglieder über 180 Personen vorgeschlagen. Die Besetzung des ersten Verwaltungsrats erfolgte durch eine 4-köpfige Expertenkommission. Die ungarische Regierung hatte den liberalen, bis 2006 amtierenden Bildungsminister Bálint Magyar nominiert. Der bürgerliche Fidesz kritisierte dessen Berufung. Sein außen-

5 Kóka, János: Es war der einzige Weg, in: Pester Lloyd, 21.04.2008; Koalíciós egészségügyi egyeztetés, in: Népszava, 20.03.2008.

6 Budapest fogadhatja be az Unió kutatás-fejlesztési intézetét, in: Népszabadság Online, 18.06.2008.

7 Goldirova, Renata: EU capitals start bidding for European technology institute, in: euobserver, 12.12.2007.

8 Budapest fogadhatja be ..., 18.06.2008.

politischer Experte, Zsolt Németh, sprach von einer schweren Beleidigung des ungarischen Wissenschaftslebens. Der liberale SZDSZ dagegen beklagte das Verhalten des Fidesz, dessen eigener ehemaliger Bildungsminister, József Pálinkás, kurz zuvor mit liberalen Stimmen zum Präsidenten der Ungarischen Wissenschaftsakademie gewählt wurde.⁹

Der Vertrag von Lissabon

Die Revision des Verfassungsvertrags war hingegen von parteipolitischem Konsens begleitet. Ungarns Ziel war es, alle substanziellen Bestandteile in den neu zu schaffenden Vertrag zu transferieren. Außenministerin Göncz hatte bereits im Rahmen des Ratstreffens in Luxemburg im Juni 2007 angekündigt, die modifizierte Version müsse so nah am Originaltext sein wie möglich. Konzessionen seien in der Bezeichnung des Dokuments als Verfassung, in der Definition von EU-Symbolen wie einer Hymne oder einer gemeinsamen Flagge möglich.¹⁰ Nachdem der Lissabonner Vertrag ausgehandelt war, zeigten sich die ungarischen Politiker mit dem Ergebnis zufrieden. József Szájer, Europaparlamentarier des Fidesz, erklärte, alle für Ungarn zentralen Punkte aus dem Verfassungsvertrag fänden sich auch im neuen Entwurf wieder. Dies beträfe vor allem die Passagen zu Minderheiten, die während der deutschen Ratspräsidentschaft zeitweise gefährdet gewesen seien.¹¹

Am 17. Dezember 2007 ratifizierte Ungarn als erstes Land den Vertrag von Lissabon mit 325 Ja-Voten, fünf Gegenstimmen sowie 14 Enthaltungen. Keine Zustimmung fand der Vertrag bei Politikern aus den Reihen der Christlichen Demokraten sowie des Demokratischen Forums. Sie bemängelten eine viel zu enge Zeitplanung, da ihnen die Texte erst sehr kurzfristig vorgelegt worden seien und sie sich daher nicht in der Lage sahen, einen Vertrag anzunehmen, der weitreichende Konsequenzen für die Souveränität des Landes besitze.¹² Führende Politiker der großen Parteien betonten jedoch die symbolische Bedeutung einer schnellen Ratifizierung. Bereits der Verfassungsvertrag war von Ungarn als einem der ersten Länder angenommen worden. Der einstige Außenminister Martonyi hob insbesondere hervor, dass die frühzeitige Annahme auch für Ungarns Position in der EU wichtig sei, da sein Land bei der Umsetzung unionaler Standards hinterherhinke und von schweren wirtschaftlichen Problemen gezeichnet sei.¹³

Nachdem die irische Bevölkerung in einem Referendum den Vertrag abgelehnt hatte und sich Staats- und Regierungschefs in Polen und Tschechien gegen eine Ratifizierung des Vertrags ausgesprochen hatten, zeigte sich Ministerpräsident Gyurcsány enttäuscht. Er sprach sich für ein starkes, integriertes Europa aus und forderte die französische Ratspräsidentschaft auf, den Ratifizierungsprozess fortzuführen.¹⁴ Gyurcsány verlangte, den Streit zwischen jenen, die die Union schneller vorantreiben wollten, und jenen, die ein verlangsamtes Tempo wünschten, ausdiskutieren. Polen, Tschechen und Iren sollten bedenken, dass deren rigides Eintreten für die eigenen nationalen Interessen mehr als zwei Dutzend

9 Szent-Iványi támogatja Magyar Bálint jelölését, in: Népszabadság Online, 27.06.2008.

10 Hungary is ready to consent to formal changes in EU constitution, says the Foreign Minister, Budapest, 19.06.2007, <http://www.kulugyminiszterium.hu/>.

11 Szájer, József, Erősebb Európára van szükség, in: Magyar Hírlap, 30.12.2007.

12 Redebeiträge von László Salamon und Péter Boross auf der 120. Sitzung des ungarischen Parlaments am 17.12.2007, <http://www.mkogy.hu/>.

13 Martonyi, János, 2 perces interjú: Martonyi János, volt külügyminiszter, in: Magyar Hírlap, 19.12.2007.

14 Sajnálatos az EU-szerződés ratifikációjának leállítása melletti érvélés, in: Népszava, 03.07.2008.

Partnerländer in der Union daran hindere, auf dem von ihnen gewählten Weg voranzuschreiten.¹⁵

Europäische Außenpolitik

Der europäische Integrations- und Vertiefungsprozess war für Ungarn stets auch mit einer klaren Konzeption gegenüber den Staaten Südosteuropas verbunden. Für den westlichen Balkan forderte die Regierung eine zügige Aufnahme in die EU. Im Rahmen einer „modernisierten Außenpolitik mit ungarischem Charakter“ solle dieses Ziel auch künftig vorangetrieben werden.¹⁶ Die Politik der Union gegenüber den Balkanstaaten, so die ungarische Kritik, sei nicht ausreichend kohärent. Insbesondere in der Frage der Anerkennung eines unabhängigen Kosovos wünschten sich magyarische Politiker eine einheitliche EU-Position. Auf dem Treffen der Außenminister Mitte Februar 2008 setzte sich Ungarn für eine gemeinsame Anerkennung durch die Union ein. Diese Forderung unterstützte die Opposition im selben Maße wie die Regierung. Serbien solle darüber hinaus zeitgleich eine eindeutige Unionsperspektive eröffnet und dadurch der Weg für die Anerkennung Kosovos erleichtert werden.¹⁷ Eine gemeinsame Unionsposition in dieser Frage war für Ungarn aus zwei miteinander verwobenen Aspekten heraus bedeutend. Erstens trat das Land seit der politischen Wende kontinuierlich für die Stärkung der Minderheitenrechte in Europa ein und setzte eine eindeutige Priorität auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu Lasten des Gebots der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Zweitens lebt in der serbischen Provinz Vojvodina eine nicht unerhebliche magyarische Minderheit. Um serbischen Befürchtungen vorzubeugen, dass Ungarn sich für secessionistische Bestrebungen engagiere und langfristig das Ziel verfolge, auch die Vojvodina von Serbien abzukoppeln, sollte eine Anerkennung Kosovos im Rahmen eines gemeinsamen Unionsbeschlusses erfolgen.

Nachdem die Mitglieder der Union sich nicht für einen einheitlichen Weg entscheiden konnten, erklärte Außenministerin Göncz, die Anerkennung außerhalb der EU-Strukturen einzuleiten. Dennoch wurde das Ziel verfolgt, die ungarische Politik mit der anderer Länder zu koordinieren und in ein gemeinsames Vorgehen einzubetten. Unabhängig davon sollte eine Anerkennung keinesfalls vor dem ungarischen Nationalfeiertag am 15. März erfolgen, um Ausschreitungen gegen die magyarische Minderheit vorzubeugen.¹⁸ Zusammen mit Kroatien und Bulgarien erkannte Ungarn am 19. März 2008 die Unabhängigkeit des Kosovos an. In der Erklärung wurde auch die Vertiefung der Beziehungen Serbiens mit der EU unterstützt und die Lockerung der Visumpflicht für serbische Bürger vorgeschlagen.¹⁹

Weiterführende Literatur

European Institute of Innovation and Technology, in: Euractiv, 05.06.2008, <http://www.euractiv.com/en/science/european-institute-innovation-technology/article-164275>.

Economist Intelligence Unit: Hungary. Country Report, June 2008, London/New York/Hong Kong/Vienna 2008.

15 Máté T., Gyula: Gyurcsány nagy vitákra számít, in: Magyar Hírlap, 04.07.2008.

16 Ebd.

17 Magyarországnak az EU tagállamaival együtt kell elismernie a független Koszovót, in: Népszava, 17.02.2008.

18 Türelmetlen a Fidesz, in: Népszava, 12.03.2008; Koszovónak várnia kell a teljes elismerésre – Az EU a tagállamokra bizza Pristina elismerését, in: Népszabadság, 19.02.2008.

19 Mehr Anerkennung für Kosovo, in: die tageszeitung, 20.03.2008.